

Impfpflicht - Kann der Staat die Menschen zum Impfen zwingen? Ein Stellungnahme zur Frage nach der Impfpflicht.

von Karla Kasper (Philosophiekurs S1)

Ein Thema, das aktuell in den Medien, in der Politik und im Ethikrat oft diskutiert wird, ist, ob die Bundesregierung eine Covid-19-Impfpflicht in Deutschland einführen sollte. Aktuell liegt die Impfquote in Deutschland laut RKI bei ca. 61 Prozent. Um eine Herdenimmunität zu erreichen, müsste diese aber viel mehr steigen. Dafür steigt die Infektionsrate wieder an - eine Dilemma-Situation. Ist eine Impfpflicht die Lösung?

Meiner Meinung nach sollte diese Impfpflicht nicht eingeführt werden, weil dies einen zu großen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit darstellen würde und ebenso das Recht auf eine freie Entscheidung nehmen würde.

Zunächst möchte ich aber noch zwei verschiedene Dimensionen von „Pflicht“ in diesem Kontext erläutern, da diese sehr wichtig für die Debatte sind. Zum einen gäbe es eine sogenannte „Rechtspflicht“, was heißt, dass bei dieser Pflicht der Staat Gesetze festlegen würde. Im Falle der Pflichtverletzung wären mögliche Folgen Strafen, beispielsweise Strafen wie Bußgeld oder staatlicher Zwang. Zum anderen gibt es noch eine „Moralpflicht“, welche von Werten der Gesellschaft oder des Individuums ausgehen würde. Mögliche Folgen wären hierbei ein Ausschluss aus der Gesellschaft oder ein schlechtes Gewissen.

Ich finde, dass so eine moralische Pflicht in dem Sinne vertretbar wäre, dass jede Person eben dazu verpflichtet ist, nach seinem/ihrer Empfinden moralisch gut, also z.B. solidarisch zu handeln. Wenn sie das nicht tut, muss sie ansonsten mit z.B. einem schlechten Gewissen leben.

Allerdings spreche ich mich klar gegen eine „Rechtspflicht“ aus, da sich dort über den Willen der Menschen hinweggesetzt werden würde und gegen unser Grundgesetz (Artikel 2) verstoßen werden würde.

Man muss auch bedenken, dass eine „Rechtspflicht“ zu enorm viel Widerstand führen würde. Ebenso gäbe es die Gefahr, dass sich eine große Unzufriedenheit des Volkes bildet und sich Kritik am Staat und System erhöht.

Manche sind der Meinung, dass eine Impfpflicht in bestimmten Berufsgruppen, z.B. im Gesundheitsbereich eingeführt werden sollte. Dagegen möchte ich aber einwenden, dass es dort ebenfalls sehr viel Widerstand gäbe und manche Personen dann nicht mehr zur Arbeit erscheinen dürften. Das wäre ein Problem, weil Gesundheitseinrichtungen schon mit einem Mangel an Fachpersonal konfrontiert sind, was sich verschlimmern würde. Und gerade jetzt wird dieses Fachpersonal doch so gebraucht. Diese Folgen kann man in Frankreich beobachten, wo eine Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen verhängt wurde.

Die Gründe, weshalb sich manche Menschen nicht impfen lassen wollen, sind sehr verschieden. Einer ist beispielsweise der, dass zum Zeitpunkt der Zulassung der Impfung nicht alle potenziellen oder sehr seltenen Nebenwirkungen erfasst sein können.

Es sollte noch mehr Aufklärung, Anreize und auch etwas Druck des Staates geben, sich impfen zu lassen. Dazu muss ich sagen, dass ich denke, dass dieser Druck nicht so hoch sein sollte, dass man überhaupt nicht mehr an dem gesellschaftlichen Leben teilnehmen darf. Dies wäre dann eine Art indirekte Impfpflicht, welche die Gesellschaft spalten könnte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Würde und Entscheidung des Individuums meiner Meinung nach der höchste Wert unserer Gesellschaft ist und unverletzlich ist.

Im Bezug auf den Kontext bedeutet das für mich, dass Impfen als präventive Maßnahme eine besonders sorgfältige Nutzen-Risiko-Abwägung erfordert, die nur der Betroffene selbst durchführen kann. Die Entscheidung für oder gegen die Impfung muss die individuelle Entscheidung eines jeden Menschen bleiben.